

WIR

Wissenswertes aus dem INTEGRATIONS**R**AT

Nr. 23



Okt. 2014

Stellungnahme des Integrationsrates zum Teilbericht „Bildung“ des Berichts zur interkulturellen Öffnung der Stadt Nürn- berg

Der Integrationsrat begrüßt den umfangreichen Bericht des Bildungsbüros und bittet darum, auch die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – insbesondere aus der Arbeiterschicht – sind im bayerischen Bildungssystem nach wie vor benachteiligt. Es ist bedauerlich, dass noch immer ein starker Zusammenhang zwischen dem Bildungserfolg und der sozialen Stellung der Herkunftsfamilie besteht. Auch in einer OECD Studie wurde festgestellt, dass die Wahrscheinlichkeit einer hohen Qualifikation in Deutschland stark vom familiären Hintergrund abhängt. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien haben weniger Aufstiegschancen durch Bildung. Die Erkenntnisse aus den Berichten der Vorjahre haben sich wieder bestätigt. Leider hat sich die Situation der Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund im Bildungsbereich im letzten Jahrzehnt in Nürnberg nur minimal verändert und unzureichend gebessert. Wünschenswert wäre, dass nicht nur Defizite der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund beschrieben, sondern deren Ressourcen erkannt und wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen für alle unternommen werden. Die Anregungen des Integrationsrates sollten daher nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern im Einzelnen ernsthaft erörtert und umgesetzt werden.

Der Integrationsrat würdigt das Engagement vieler Pädagogen um eine Verbesserung der Situation der Schüler mit Migrationshintergrund. Gleichwohl ist festzustellen, dass trotz vielfältiger Bemühungen und Förderangeboten, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Bildungs- und

Ausbildungslaufbahn zu oft benachteiligt sind und die bisherigen Maßnahmen unzureichend greifen. Der Integrationsrat appelliert daher an die Stadt Nürnberg und an das Land Bayern, verstärkt Maßnahmen zur weiteren interkulturellen Öffnung des Bildungswesens und der Integration der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich in die Wege zu leiten. Wir wünschen uns in Bayern eine grundlegende Bildungsreform. Die Stadt Nürnberg wird gebeten, eine echte Bildungsoffensive für alle Jugendlichen zu starten und auch ausreichend Finanzmittel für nötige Integrationsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Im Einzelnen sind folgende Punkte anzumerken:

Grundsätzliche Erwägungen

- Viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es in der Regel nach wie vor viel schwerer als Gleichaltrige – eine Ausnahme sind Kinder und Jugendliche aus gebildeten Familien aus der ehem. Sowjetunion –, auf Realschulen und Gymnasien zu kommen, besuchen häufiger Mittelschulen (vormals Hauptschulen), verlassen die Schule öfter ohne Schulabschluss, finden schwerer eine Lehrstelle und sind an den Hochschulen unterrepräsentiert. Es ist bedauerlich, dass Schüler mit Migrationshintergrund seit Jahrzehnten in den Mittelschulen über- und in den Gymnasien unterrepräsentiert sind.
- Um den Benachteiligungen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in ihrer Bildungskarriere entgegenzuwirken und um echte Chancengleichheit zu gewähren, sind enorme Anstrengungen zur Förderung in allen Bereichen der Bildung zu unternehmen. Auch Eltern sollten sich verstärkt um die Bildungsbelange der Kinder und Jugendlichen kümmern.

- Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sollten so früh wie möglich eine Kindertageseinrichtung besuchen, um die soziale und sprachliche Entwicklung zu fördern und ihre Bildungschancen zu erhöhen. Sprachliche Bildung ist Aufgabe aller Bildungsinstitutionen, daher sollte alles Erdenkliche unternommen werden, damit Kinder mit Migrationshintergrund so früh wie möglich die Chancen auf einen Platz in Kinderkrippe, Kindergarten und Hort erhalten.
- Der Besuch von Kindertageseinrichtungen sollte grundsätzlich kostenlos sein.
- Für Kinder und Jugendliche aus neu zugewanderten Familien oder für minderjährige Flüchtlinge sind gezielte Fördermaßnahmen nötig.
- Ein besonderes Augenmerk sollte auf die größten Zuwanderergruppen aus den EU-Krisenländern Rumänien, Bulgarien und Griechenland gelegt werden (über 6.000 Neuzugewanderte seit 2010).
- Es wird begrüßt, dass in den bayerischen Leitlinien für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in der frühkindlichen und schulischen Praxis einerseits segregierenden Maßnahmen eine Absage erteilt und andererseits der Wert der Muttersprachen betont wird.

Frühkindliche Bildung

- Über 60 % der Kinder unter 6 Jahren haben in Nürnberg einen Migrationshintergrund. In den Kindertageseinrichtungen sind die unter 3-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund jedoch unterrepräsentativ vertreten.
- Positiv fällt auf, dass zwei Dritteln der Kinder in städtischen Kindertageseinrichtungen Migrationshintergrund haben, während diese Kinder in kirchlichen und sonstigen Einrichtungen zum Teil unterrepräsentativ vertreten sind.
- Da nur etwa ein Viertel der Kinder mit Migrationshintergrund bei einer Tagespflegeperson (Tagesmutter/Tagesvater) sind, könnten verstärkte Bemühungen zur Gewinnung von Tagespflegepersonen mit Migrationshintergrund eine verstärkte Einbeziehung dieser Kinder bewirken.
- Familien, die während des Jahres nach Nürnberg zuziehen, finden meistens keinen Platz in einer Tageseinrichtung. Für diesen Personenkreis, insbesondere auch für neu zuziehende Asylsuchende mit Kindern, sollten flexible Möglichkeiten und besondere Fördermaßnahmen entwickelt werden.

Übergang in die Grundschule

- Jeder zweite Grundschüler hatte im Schuljahr 2012/13 einen Migrationshintergrund.

- Die intensive Sprachförderung der Kinder im Vorschulalter ist grundsätzlich zu begrüßen, jedoch sollten die vorhandenen Angebote auch auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Wieso müssen so viele Kinder, welche den Kurs „Vorkurs Deutsch 240“ besucht haben, danach noch die Deutschförderklassen besuchen? Welche Erkenntnisse über Effektivität und Effizienz liegen über die Vorkurse vor?
- Nach wie vor haben Kinder mit Migrationshintergrund bei der Einschulung häufiger Auffälligkeiten in der Satzbildung.
- Da die Anzahl der Schüler/innen in den Deutschförderklassen ständig ansteigt, sollten auch die Lehrerstunden entsprechend ansteigen, damit eine sinnvolle Förderung ermöglicht wird.
- Der Anteil der Deutschförderstunden sollte ansteigen statt abnehmen.
- Die Zunahme der Übergangsklassen ist auf die verstärkte Zuwanderung zurückzuführen. Gibt es Erkenntnisse darüber, wie lange die Schüler in diesen Ü-Klassen bleiben bzw. wie schnell und erfolgreich die Integration in die Regelklassen erfolgt?
- Es ist zu bedauern, dass Kinder mit Migrationshintergrund stärker von den Klassenwiederholungen betroffen sind (ca. 70 % der Wiederholer haben Migrationshintergrund).
- Kleinere Klassen wären grundsätzlich wünschenswert. Insbesondere in Übergangsklassen muss der Unterricht in kleinen Klassen erfolgen.

Übergang in den Sekundarbereich

- Nur 28 % der ausländischen Schüler schaffen den Übertritt in ein Gymnasium, 16 % in die Realschule und 54 % gehen in die Mittelschule. Von den Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit gehen 46 % auf ein Gymnasium, 20 % in die Realschule und nur 32 % in die Mittelschule. (Es liegen nur Zahlen über die Staatsangehörigkeit vor. Es ist davon auszugehen, dass viele Schüler mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit vor allem die Mittelschulen, etliche auch Realschulen und Gymnasien besuchen. Eine positive Ausnahme bilden z.B. die Schüler mit russischem und ukrainischem Migrationshintergrund, die vielfach aus bildungs- und aufstiegsorientierten Familien kommen.)
- Die bayerische Leitlinie der Ablehnung segregierender Maßnahmen sollten insbesondere auch in den Schulen beim Übergang in die Sekundarstufe angewandt werden, um Diskriminierungen beim Übertritt auf Grund der Herkunft vorzubeugen.
- Es wäre wünschenswert, wenn alle Schüler – wie in Finnland – bis zur 6. Jahrgangsstufe gemeinsam unterrichtet würden. Viele Kinder

mit Migrationshintergrund sollten den Übertritt an Gymnasien und Realschulen ohne zusätzlichen Schulstress und Nachhilfe schaffen. Dazu wäre zumindest ein flächendeckender Ausbau von qualitativ guten gebundenen Ganztageschulen nötig. Kinder mit Migrationshintergrund könnten bei einer systematischen Ganztagesbetreuung höhere Bildungschancen erhalten.

- An der Schnittstelle des Übergangs von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen (3./4. Klasse der Grundschule und 5./6. Klasse der weiterführenden Schulen) sollte ein Übergangsmanagement aufgebaut werden. Dadurch könnte mehr Schülern mit Migrationshintergrund der Übertritt an Realschulen und Gymnasien ermöglicht werden. Dann könnte man durch entsprechende Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass diese Schüler/innen nach dem Übertritt auch an den Realschulen und Gymnasien bleiben (dies wird zum Teil durch das Projekt MSR^G* geleistet). Die verschiedenen Dienststellen (staatliche und städtische Stellen) sollten in diesem Übergangsmanagement eng zusammenarbeiten.
- Für neuzugewanderte Schüler mit einem höheren Bildungsniveau sollten Maßnahmen in der Sekundarstufe I entwickelt werden, die ihnen eine leichtere Integration in die weiterführenden Schulen ermöglichen (die Etablierung von Übergangsklassen an Realschulen und Gymnasien sollte geprüft werden).

Schulabschlüsse

- Unbefriedigend sind die Schulabschlüsse ausländischer Schüler. Während 15 % der ausländischen Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen, sind dies unter den deutschen Schülern nur 5 %. Über die Hälfte aller deutschen Schüler erreichen das Abitur oder Fachabitur, aber nur 19 % der ausländischen Schulabgänger.
- Besonderes Augenmerk sollte auf die Schulabgänger aus Ü-Klassen und junge Flüchtlinge gelegt werden, die auf Grund kurzer Verweildauer keinen Abschluss erreichen können.
- Die Kurse der „Zweiten Chance/ Schulabschlüsse“ des Bildungszentrums sind ein wichtiger und unverzichtbarer Beitrag für Jugendliche mit Migrationshintergrund, um auf Schulabschlüsse der Mittelschule vorzubereiten.
- Erfreulich ist, dass über den zweiten Bildungsweg vermehrt Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund einen Abschluss der mittleren Reife oder des Abiturs anstreben. Daher sollten diese Angebote ausgebaut werden.

Berufsausbildung

- Solange nicht ausreichend Ausbildungsplätze im Dualen System zur Verfügung stehen, muss Nürnberg weiterhin das Schulberufssystem und das Übergangssystem aufrechterhalten und den Erfordernissen anpassen.
- Es ist bedauerlich, dass nur 12 % der Auszubildenden im Dualen System eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, die Mehrzahl hingegen im Übergangssystem oder Schulberufssystem ist.
- Besonders zu begrüßen sind die Bemühungen der beruflichen Schulen, jungen Flüchtlingen und noch nicht lange in Deutschland lebenden ausländischen Jugendlichen in Sprachintegrationsklassen (Berufslernklassen) besonders zu fördern. Diese Klassen sollten weiter ausgebaut werden, für besonders Benachteiligte sollte die Möglichkeit für ein drittes Schuljahr bestehen.
- Das Ziel, dass jeder Schulabgänger ausbildungsreif werden und einen Ausbildungsplatz erhalten soll, muss noch entsprechend umgesetzt werden.
- Die Bemühungen, Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Integration in die berufliche Ausbildung zu begleiten, sollten verstärkt werden. Weitere ausbildungsbezogene integrative Maßnahmen für diesen Personenkreis sollten geprüft und etabliert werden.
- Sehr bedauerlich ist, dass nur 40 % der ausländischen Absolventen die Berufsausbildung vollständig und erfolgreich durchlaufen. Zwei Drittel der deutschen Schüler gelingt ein erfolgreicher Berufsabschluss. Auszubildende mit Migrationshintergrund brauchen eine besondere Unterstützung.
- Im Öffentlichen Dienst sind ausländische Jugendliche unterrepräsentiert (nur 1,2 %!). Hier sollte die Stadt Nürnberg eine Vorbildfunktion übernehmen und gezielte Programme auflegen, um junge Auszubildende mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Allgemeines

- Die Erzieher/innen, die Pädagogen/innen sowie die Lehrer/innen sollten ausreichend auf den multikulturellen beruflichen Alltag vorbereitet werden. Daher muss die interkulturelle Pädagogik sowohl in der Aus- wie in der Fortbildung als eine notwendige Zusatzqualifikation für alle mehr in den Mittelpunkt gestellt werden.
- Bei Neueinstellungen sollten sowohl das Sozialreferat wie der kommunale Schulbereich verstärkt die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter beachten und gezielt Fachkräfte mit Migrationshintergrund einstellen.
- Die Anzahl der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund soll weiter erhöht werden. Im Be-

reich der städtischen Schulen sollten weitere Bemühungen unternommen werden.

- Sowohl die Lehramtsstudenten als auch die ausgebildeten Lehrer sollten verstärkt auf den Unterricht mit Kindern unterschiedlicher Herkunft vorbereitet und fortgebildet werden. Insbesondere sollen auch verstärkt Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte entwickelt werden, um Vorurteile gegenüber Minderheiten abzubauen. Jede Lehrkraft sollte über ausreichende interkulturelle Kompetenz verfügen.
- Jugendsozialarbeit soll an allen Schulen, insbesondere an Beruflichen Schulen und an den Realschulen verstärkt ausgebaut werden.
- In die Planungen von grundlegenden Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen für alle sollten verstärkt betroffene Schüler, Eltern und Vertreter von bildungsorientierten Interessensverbänden wie z.B. auch der Integrationsrat eingebunden werden.
- Die muttersprachlichen Kompetenzen der Kinder sollten nicht vernachlässigt werden. Es wäre wünschenswert, dass die verschiedenen Sprachen der Zuwanderer in den unterschiedlichen Schularten als Wahlfach angeboten werden.
- Eine kommunale Bildungsberatungsstelle sollte eingerichtet werden, an die sich Eltern und Schüler bezüglich allgemeiner Bildungsfragen und bei Unstimmigkeiten, Konflikten und Diskriminierungen im Bildungsbereich wenden können. Es sollte geprüft werden, ob diese Anlaufstelle durch Ausbau von NEST (Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe/ Elternlotsen) bei IPSN** etabliert werden könnte.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates vom 07.10.2014 – Antragstellerin: Lemia Yiyit

* MSRSG = Mehr Schulerfolg in Realschulen und Gymnasien, Projekt des IPSN

** IPSN = Institut für Pädagogik und Schulpsychologie

Bildungspatenschaften

Der Integrationsrat schlägt vor, dass die Stadt Nürnberg ein kommunales Programm entwickelt, um Bildungspatenschaften für Schülerinnen und Schüler – insbesondere in der Sekundarstufe I – systematisch aufzubauen. Die Verwaltung sollte in Kooperation mit dem Integrationsrat ein schlüssiges Konzept erstellen und der Integrationskommission vorstellen. Eine professionelle Koordinationsstelle für die Auswahl, Betreuung und Schulung der Bildungspaten ist nötig. Der Stadtrat sollte für die Koordinierungsstelle und für das ehrenamtliche Engagement der Paten/innen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

In der Begründung heißt es: Mit diesem Mentoringsystem sollen alle Schülerinnen und Schüler, insbesondere aus sozial schwachen Familien sowie aus Zuwandererfamilien, unterstützt werden, um sich in Bildungsfragen besser zurechtzufinden. Bildungspaten sind ehrenamtlich tätig und unterstützen Jugendliche in schulischen Angelegenheiten und bei der Berufswahl, sie organisieren oder geben z.B. Nachhilfe, und sie arbeiten eng mit den Lehrkräften und Eltern zusammen. Durch eine Patenschaft bekommen die Jugendliche eine zusätzliche Bezugsperson, die Zeit für sie hat und sie dabei unterstützt, ihre Stärken zu entdecken und auszubauen. Die Bildungspaten sollten für ihr Engagement eine minimale Entschädigung erhalten.

In vielen deutschen Städten gibt es bereits ein gut ausgebautes Mentoringsystem. Die Stadt Erlangen hat beispielsweise das kommunale Integrationsprogramm „Die Begleiter“ aufgebaut. Seit einigen Jahren wirbt die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration mit der „Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“ intensiv um die Etablierung neuer Patenschaftsprojekte für junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund.

Zwar gibt es in Nürnberg vereinzelte Ansätze von Mentoringprojekten, jedoch würde die Etablierung eines kommunalen Programms von Bildungspatenschaften die schulische und berufliche Situation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund wesentlich verbessern. Denn noch immer sind in Nürnberg die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den Mittelschulen oder den Berufsvorbereitungsklassen über- und in den Realschulen und Gymnasien unterrepräsentiert. In Nürnberg verlassen überdurchschnittlich viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Denn noch immer sind in Nürnberg die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den Mittelschulen oder den Berufsvorbereitungsklassen über- und in den Realschulen und Gymnasien unterrepräsentiert. In Nürnberg verlassen überdurchschnittlich viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Mehr Bildungspatenschaften könnten die Bildungschancen sehr vieler junger Menschen verbessern.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates vom 07.10.2014 – Antragstellerin: Lemia Yiyit

Kommunales Wahlrecht für Alle

Der Integrationsrat bittet den neuen Stadtrat, einen Grundsatzbeschluss zu verabschieden und den Herrn Oberbürgermeister in seiner Funktion als Vorsitzender des Deutschen Städtetages sowie des Bayerischen Städtetags zu bitten, entsprechende politische Schritte einzuleiten, damit

das Kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens 5 Jahren hier leben, eingeführt wird.

In der Begründung steht: Für die demokratische Gesellschaft ist es wichtig, dass die Kluft zwischen der hier lebenden Bevölkerung und der wahlberechtigten Bevölkerung verringert wird. Die kulturelle Vielfalt und die Ehrung der Menschenrechte sind ein fester Bestandteil unserer Stadt geworden. Die Akzeptanz der Menschen aus unterschiedlichen Ländern, die sich dazu entschlossen haben sich in Nürnberg niederzulassen, kann nur durch Wertschätzung und Gleichstellung auf allen Ebenen, auch auf der kommunal-politischen, erreicht werden.

Die meisten demokratischen Parteien bekennen sich zum Kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger/innen. Beim Empfang des Tages der Republik Türkei 2013 hat sich sogar Staatsminister Dr. Söder für das Kommunale Wahlrecht für Türken ausgesprochen. Es ist an der Zeit, den entscheidenden politischen Schritt zu gehen und allen Bürger/innen dieses Landes noch mehr Offenheit und Toleranz entgegenzubringen.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates vom 23.09.2014 – Antragsteller: Gustavo Rodriguez

Ausbesserung der Sportanlage im Annapark in der Südstadt

Der Integrationsrat bittet die Stadt Nürnberg, die Sportplätze im Annapark umgehend auszubessern.

In der Begründung wird angeführt: Beim Südstadtfest im Annapark wurden Mitglieder des Integrationsrates von Jugendlichen auf den schlechten Zustand der Sportplätze im Annapark hingewiesen. Der Belag der Sportanlage hat viele Löcher, die nur notdürftig ausgebessert wurden. Es besteht eine erhebliche Verletzungsgefahr für die Sport treibenden Jugendlichen. Der Integrationsrat wünscht sich, dass die Spiel- und Sportanlagen auch in den Stadtteilen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf nicht vernachlässigt werden.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates vom 23.09.2014 – Antragsteller: Michele Scala

Personalaufstockung in der Geschäftsstelle des Integrationsrates

Der Integrationsrat bittet den Oberbürgermeister und den Stadtrat, das Personal der Geschäftsstelle des Integrationsrates aufzustocken. Es werden zusätzlich mindestens benötigt:

- eine halbe Stelle für Integrations- und Öffentlichkeitsarbeit (Soz.-päd.-Stelle)
- eine halbe Sachbearbeiterstelle (Sekretariat)

In der Begründung steht: Obwohl mit der Wahl im Sommer 2010 der Integrationsrat das Aufgabengebiet des ehemaligen Ausländerbeirates wie des Aussiedlerbeirates übernommen hat und der Kreis der Wahlteilnehmer auch um die Eingebürgerten erweitert wurde, blieb das Personal des Integrationsrates auf dem gleichen Stand wie beim ehemaligen Ausländerbeirat (2 ½ feste Stellen; in 2008 war dort allerdings eine halbe Stelle eingezogen worden). Die Zuständigkeit des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten beim Sozialreferat entfiel ab 2009 vollständig.

Der neue Integrationsrat hat andere Strukturen und auch einen neuen Arbeitsrhythmus und arbeitet auf einem qualitativ höheren Niveau. In der Geschäftsstelle sprechen nun mehr Menschen mit Migrationshintergrund vor, welche die unterschiedlichsten Probleme vortragen. Die Geschäftsstelle des Integrationsrates ist eine Anlaufstelle für ratsuchende Zuwanderinnen und Zuwanderer. (...)

Die Anfragen in der Geschäftsstelle betreffen sowohl „ausländerrechtliche Angelegenheiten“, wie z.B. Fragen zu Visum, Familienzusammenführung, Aufenthaltstitel oder Asylrecht, aber auch Integrationsangelegenheiten, wie z.B. Fragen zu Einbürgerung, Bildung, Ausbildung, Sprachkurse, Suche nach Kindergartenplätzen oder soziale Probleme. Soweit möglich werden die Fragestellenden an eine Beratungsstelle der Migrationssozialdienste oder an die zuständigen städtischen Dienststellen weitergeleitet. Dieser Publikumskontakt ist dennoch sehr intensiv und fällt in die Zuständigkeit der Mitarbeiterin für Öffentlichkeits- und Integrationsarbeit sowie der Sachbearbeiterin im Sekretariat, die hier mit muttersprachlichen und fremdsprachlichen Kenntnissen eine wichtige Aufgabe übernehmen. Einzelfälle von einer besonderen politischen Bedeutung werden dem Integrationsrat vorgelegt. Die Geschäftsstelle übernimmt hier eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und der Verwaltung. (...)

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates vom 23.09.2014 – Antragsteller: Ihan Postaloglu

Haushalt 2015

Der Integrationsrat bittet den Stadtrat bei den anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 folgende Vorschläge aufzunehmen:

- Schaffung einer Stelle für die Geschäftsstelle des Integrationsrates (eine halbe Soz.-päd.-Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, eine halbe Sachbearbeiterstelle für das Sekretariat)
- Schaffung einer Psychologenstelle für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Sprachlernklassen bei IPSN

- Schaffung einer Sozialpädagogenstelle für Angebote der Altenhilfe für Zuwanderer (Modellprojekt im Quartier) für TIM e.V.
- Mittel für Bildungspatenschaften in Höhe von 8.000 EUR zur Etablierung eines Programms sowie Koordination und Betreuung der Patenschaften (z.B. zweckgebunden bei Kostenstelle „Förderung der schulischen und sprachlichen Integration“ des Integrationsrates)
- Mittel für die Gemeinwesen-Mediation in Höhe von 3.000 EUR

Der Integrationsrat wünscht, so die Begründung, dass die Stadt Nürnberg vermehrt Angebote von praxisorientierten Maßnahmen in den Bereichen Integration, Flüchtlingsbetreuung, Bildung und interkulturelle Verständigung finanziell unterstützt.

Einstimmiger Beschluss des Integrationsrates vom 07.10.2014 – Antragsteller: Ilhan Postaloglu

Aufgabenverteilung im Integrationsrat 2014 – 2016

Folgende Mitglieder wurden für Aufgabengebiete benannt:

a) Arbeitsausschüsse:

Zuschussvergabe: Hr. Scala, Hr. Petrovic, Hr. Postaloglu, Hr. Rodriguez, Fr. Reis, Hr. Göbbel, Hr. Oikonomou, Fr. Gorelova, Fr. Dr. Malygin (Ersatzmitglieder: Fr. Trumheller, Fr. Yiyit, Hr. Fernandez)

Öffentlichkeitsarbeit: Hr. Petrovic, Fr. Gorelova, Fr. Trumheller, Fr. Dinges, Fr. Yiyit, Hr. Göbbel, Hr. Rodriguez, Hr. Thompson, Hr. Postaloglu, Hr. Oikonomou, Hr. Muteba

Bildung und Jugend: Hr. Greynshpol, Fr. Trumheller, Fr. Davydova, Fr. Yiyit, Hr. Oikonomou, Fr. Bartle, Hr. Muteba, Fr. Dr. Malygin

Soziales: Hr. Greynshpol, Fr. Davydova, Fr. Dinges, Fr. Yiyit, Fr. Reis

Menschenrechte und Flüchtlinge: Fr. Dinges, Fr. Yiyit, Hr. Muteba, Hr. Thompson, Fr. Abbas Mohamad, Fr. Gabel

Wirtschaftliche und berufliche Integration: Hr. Oikonomou, Hr. Stab, Hr. Göbbel, Fr. Gabel, Fr. Bartle, Hr. Muteba, Hr. Zurawel

b) Beauftragte:

Allianz gegen Rechtsextremismus: Hr. Zurawel (Ersatzmitglied: Fr. Yiyit)

Bildungsbeirat: Fr. Dr. Malygin (Ersatzmitglied: Fr. Trumheller)

Bündnis für Familie (Lenkungsausschuss): Fr. Dinges (Ersatzmitglied: Hr. Muteba)

Jobcenter: Hr. Stab (Ersatzmitglied: Fr. Reis)

Seniorenbeauftragter (= Vertreter im Stadt seniorenrat): Fr. Reis (Ersatzmitglied: Hr. Scala)

Umweltbeauftragter: Fr. Yiyit (Ersatzmitglied: Hr. Thompson)

ABA (Aktionskreis berufliche Qualifizierung junger Ausländer): Hr. Postaloglu (Ersatzmitglied: Hr. Stab)

Arbeitskreis Frauen in der Migrantinnenarbeit: Fr. Yiyit (Ersatzmitglied: Fr. Gorelova)

Vereinsfortbildung A – Z (KuF): Hr. Thompson (Ersatzmitglied: Hr. Oikonomou)

Stadtteilforum Langwasser: Fr. Yiyit (Ersatzmitglied: Fr. Trumheller)

Beirat Bildungscampus/ Bildungszentrum: Hr. Postaloglu (Ersatzmitglied: Fr. Trumheller)

Kulturbeauftragter (Integrationskonferenz u. ä.): Hr. Thompson (Ersatzmitglied: Hr. Muteba)

VAG-Beirat: Hr. Stab (Ersatzmitglied: Hr. Greynshpol)

Begleitausschuss „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“: Hr. Thompson

Patientenvertretung: Fr. Yiyit

Beirat Frankenschneidweg: Hr. Stab

Jugendhilfeausschuss des Stadtrats: Hr. Postaloglu (Ersatzmitglied: Hr. Muteba)

c) AGABY-Delegierte:

Hr. Scala, Hr. Petrovic, Hr. Rodriguez, Hr. Zurawel, Hr. Postaloglu, Hr. Muteba (Ersatzdelegierte: Fr. Yiyit, Hr. Greynshpol, Fr. Reis)

Personalien

- Für die im Juli aus dem Integrationsrat ausgeschiedene Stadträtin Frau **Diana Liberova** ist Frau **Olesya Reis** als ordentliches Mitglied nachgerückt.
- In der Geschäftsstelle arbeitet bis März 2015 die Studentin der Sozialen Arbeit Frau **Hilal Toptaş** als Praktikantin.

Terminhinweise

- Sitzung des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates:
14.10.2014, 17:30 Uhr, Raum 306, Internationales Haus, Hans-Sachs-Platz 2, Nbg.
- Sitzung des Integrationsrates:
04.11.2014, 16:00 Uhr, Rathaus Nürnberg
- Sitzung der Kommission für Integration:
11.12.2014, 15:00 Uhr, Rathaus Nürnberg

Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates, Internationales Haus, Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg, Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516, E-Mail: integrationsrat@stadt.nuernberg.de, Internet: www.integrationsrat.nuernberg.de, Redaktion: Derya Yildirim, Hilal Toptaş, Friedrich Popp, V.i.S.d.P.: Ilhan Postaloglu, Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg